

Tiefergelegte Karosserie. Auf „sportlich“ abgestimmte Gasdruck-Stoßdämpfer. Progressiv ansprechende Schraubenfedern hinten. Querstabilisator vorn mit höherer Kennung. Der Granada versetzt Sie in eine beneidenswerte Lage: Schlechte Straßen schlagen auch dank seiner Doppelgelenk-Schräglenker-Hinterachse kaum zu Ihnen durch. Das Ergebnis auf schneller wie auf kurviger Strecke: das schöne Gefühl, sicher zu fahren.

Ein solches Fahrwerk verlangt nach entsprechenden Motoren. Für kultivierten Schub sorgen V6-Motoren vom 2,3-Liter (84 kW/114 PS – serienmäßig im Granada „S“) bis zum 2,8-l-Einspritzer (118 kW/160 PS).

Aber schon allein wenn Sie den Granada „S“ anschauen: von den 190er Niederquerschnittreifen (Michelin TRX) auf den 6-Zoll-Alu-Sportfelgen bis zur Sport-Instrumentierung mit Drehzahlmesser. Er hat einfach auch sonst alles, was ihn so sportlich macht.

Im ganzen gesehen ist der Ford Granada „S“ sicher eine der vernünftigsten Wertanlagen unter den Automobilen seiner Leistungsklasse.

Abb.: FORD GRANADA 2.8i GLS

STEN FÜSSEN.



Terror

Tod eines Hirten

Erzbischof Romero war der Fürsprecher der Armen in ihrem Kampf gegen Militärs und Großgrundbesitzer in El Salvador. Nach seiner Ermordung droht jetzt der offene Bürgerkrieg. Manfred von Conta berichtet

Ob er nicht Angst um sein Leben habe, fragten wir den Erzbischof von San Salvador vor knapp einem Jahr. „In diesem Land“, antwortete er uns mit leiser Stimme und einem fast scheuen Lächeln, „ist kein Mensch seines Lebens sicher.“

Oscar Arnulfo Romero, den ein Berufskiller am Montag vergangener Woche vom Altar weg-schoß, war keiner jener glanzvollen Kirchenfürsten, wie die Mächtigen dieser Welt sie als Statisten ihrer Staatsfeiern lieben.

Dafür liebten ihn die einfachen Leute um so mehr: Während die reiche Oberschicht Salvadors seinen Sonntagspredigten seit langem fernblieb, war die Kathedrale stets von „einfachem Volk“ überfüllt. Nur hier noch konnte es die Wahrheit über den eigenen, von Arbeitslosigkeit, Verfolgung und Terror geprägten Alltag hören und aus dieser Wahrheit den Trost schöpfen, daß da jemand war, der sich seines Leidens annahm. Im Gespräch mit dem Erzbischof Salvadors konnten seine Bescheidenheit, sein ruhiges Zuhören und die vorsichtige Bedachtsamkeit seiner Antwort als Ängstlichkeit mißdeutet werden — in der Kathedrale, wenn es um die Sache der Armen und Verfolgten ging, war dieser Mann unbeugsam,

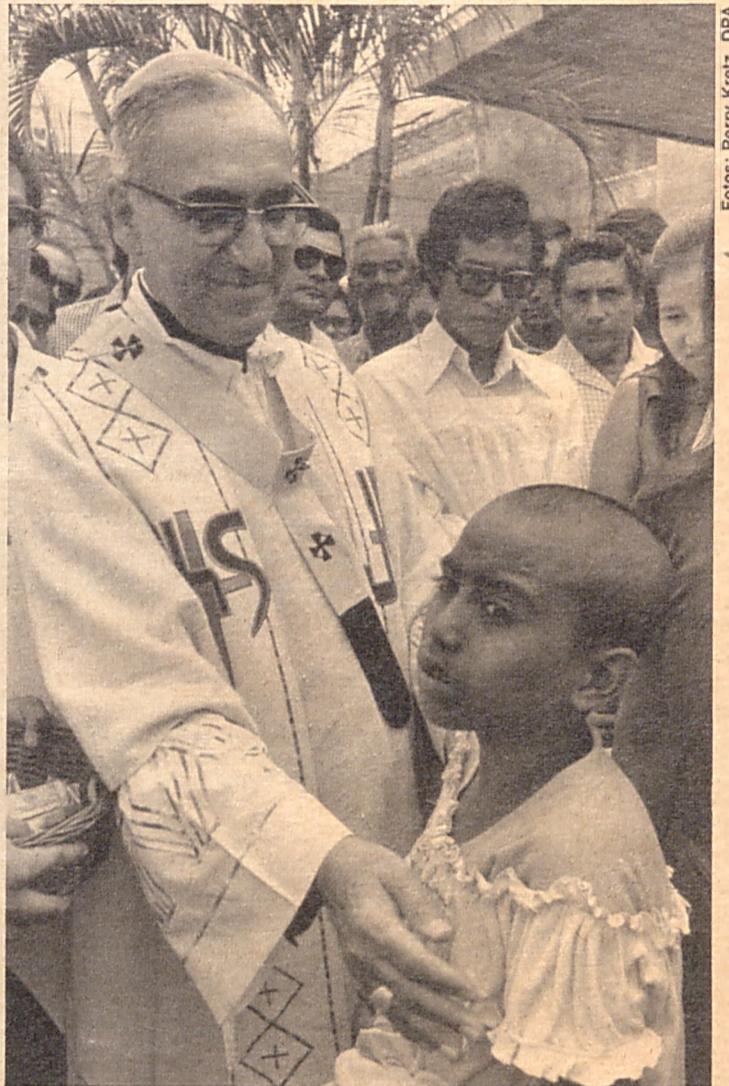
furchtlos: „Mögen sie mich umbringen — die Stimme der Wahrheit werden sie damit nicht zum Schweigen bringen. Heute verlangt das Volk von seiner Kirche sehr viel entschiedener als früher, auf seinem Leidensweg nicht allein gelassen zu werden.“

Die geistlichen und weltlichen Autoritäten, die nun aus allen Himmelsrichtungen Empörung oder Bestürzung über diesen Mord äußern, hatten Romero in seinem Kampf um Gerechtigkeit in El Salvador allein gelassen. Sie hörten einfach nicht zu, wenn der Erzbischof von Ausbeutung, Mord und Folter in seinem Land sprach. Vom Vatikan war er öfters aufgefordert worden, sich „aus der Politik“ herauszuhalten. Vor einem Jahr, auf dem Rückweg von Rom, erklärte Romero deshalb Reportern in Madrid: „Ich bin besorgt über die parteiische Information, die der Papst erhält. Ich spüre da in Rom eine große Leere.“

Diese Leere ist das Unvermögen, zu begreifen, was einem Mann wie Romero im lateinamerikanischen Alltag zur selbstverständlichen Wahrheit geworden ist: daß nämlich die Gewalttätigkeit von unten nur die Antwort der Bevölkerung ist auf eine Gewalttätigkeit, die von oben kommt — von der reichen allmächtigen Oberschicht.

Nicht nur in El Salvador. Auch in den anderen lateinamerikanischen Diktaturen sind es oft die Priester, die als einzige noch auf die brutalen Methoden hinweisen, mit denen die Herrschenden ihren Besitz vergrößern.

Seit Anfang der 60er Jahre einheimische Großgrundbesitzer mit Hilfe ausländischer Kapitalgruppen El Salvadors Landwirtschaft zu modernisieren begannen und Baumwolle oder Kaffee für den Export anpflanzten, mußten immer mehr indianische Kleinbauern ihre Mais- und Maniok-Äcker räumen. Arbeit fanden sie, wenn überhaupt, dann nur noch gelegentlich für einen Tagelohn von



Fotos: Perry Kretz, DPA

Nach jeder Predigt umdrängten die Gläubigen Erzbischof Romero. Jetzt wurde er bei einer Messe in einer Krankenhauskapelle erschossen

»Man darf das Volk in seinem Leiden nicht allein lassen«

zwei Mark auf den großen Pflanzungen. Viele wanderten in die Slums der Städte ab, wo sie das Heer der Arbeitslosen vergrößerten. 1960 waren nur elf Prozent der Landbevölkerung besitzlose Tagelöhner. Heute sind es über 40 Prozent.

Der Widerstand der Bevölkerung gegen Vertreibung, wachsende Verelendung und zunehmenden Hunger ist von der seit 1932 (nach einem Aufstand der Kaffeepflücker) regierenden Armee immer wieder gebrochen worden: durch Massaker an Kleinbauern und städtischen Slumbewohnern, durch Entfüh-

rungen, Folter und politischen Mord. Diese Gewalt von oben ist in den letzten Jahren um so stärker geworden, je weiter das Elend und die Bereitschaft zum Widerstand unten wuchsen; vor allem unter der Jugend.

Als Erzbischof Romero 1977 sein Amt antrat, war er unpolitisch. Liberalen und Linken galt er gar als „reaktionär“. Die El Salvador beherrschende Oberschicht jedenfalls war mit der Auswahl des Vatikans zufrieden. Romero stammte zwar selbst aus ärmlichen Verhältnissen, hatte aber einen im Urteil der Reichen makellosen Le-



woche

Das
Nachrichtenmagazin
im STERN



Razzia auf dem Universitätsgelände: Studenten müssen sich auf die Straße legen

»Im Namen Gottes befehle ich euch: Macht dieser Unterdrückung ein Ende!«



Fotos: Gamma

benslauf: Die einzige einem armen Kind offenstehende Möglichkeit zum Studium — das von der Kirche gewährte Stipendium in einem Seminar — hatte er genutzt und war als einer der Besten sogar nach Rom an die gregorianische Universität geschickt worden. 1944 zum Priester geweiht, tat er 26 Jahre lang Dienst in ländlichen Pfarreien, ohne mit der gewünscht-konservativen Auslegung des Evangeliums aufzufallen.

1970 wurde er Bischof der abgelegenen Diözese von Santiago de Maria. Den Zöglingen des dortigen Seminars, die ihre Kirche „reichen Ausbeutern“ verschließen wollten, brachte Romero noch energisch Respekt nicht nur vor der kirchlichen, sondern auch der weltlichen Hierarchie bei.

Erst nach seiner Ernennung zum Erzbischof und Seelenhirten der Landeshauptstadt wurden diesem stillen, so in sich gekehrten Kirchenmann die Augen für die ringsum herrschende soziale Brutalität gewaltsam geöffnet. Wenige Wochen nach seinem Amtsantritt wurde einer seiner besten Freunde, Pater Rutilio Grande, auf dem Weg zur Messe von Mitgliedern der Terrororganisation „Orden“ (Ordnung) ermordet. Diese Truppe hält im Auftrag von Großgrundbesitzern und Armee die Landbevölkerung durch Mord und Totschlag „unter Kontrolle“. Pater Grande hatte in seiner Pfarrei gegen die Ver-

»Das Volk hat seine Befreiung begonnen«

Zwei Tage vor seinem gewaltsamen Tod gab Erzbischof Romero dem amerikanischen STERN-Mitarbeiter John Clemens sein letztes Interview

FRAGE: Die amerikanische Regierung hat Ihrem Land wirtschaftliche und militärische Hilfe angeboten. Sollte El Salvador die akzeptieren?

ROMERO: Für uns ist vor allem wichtig, daß diese Hilfe nicht zur Unterdrückung der Bevölkerung eingesetzt wird. Ich habe von der Anwesenheit einer großen Zahl von amerikanischen Militärberatern gehört und in meinem Brief an Präsident Carter gebeten, daß die USA auf eine direkte militärische Intervention in unserem Land verzichten. Seine Antwort, daß diese Hilfe keinerlei aktive Einsätze vorsehe, sondern nur Transport- und Fernmeldeprobleme berühre, hat mich nicht befriedigt. Denn diese Hilfe geht direkt an die Sicherheitskräfte, und man weiß doch genau, daß sie das Volk unterdrücken. Sie brechen auch ohne provoziert worden zu sein, über jeden herein, nach einem ganz deutlichen Plan: Er zielt darauf ab, die oppositionellen Gruppen zu zerstören. Die führenden Köpfe der Gewerkschaften und ähnlicher Organisationen werden systematisch verfolgt.

FRAGE: Kann die Landreform der neuen Regierung zu einer innenpolitischen Entspannung führen?

ROMERO: Die Landreform, die Grundbesitz über 485 Hektar an jene Menschen verteilt, die das Land wirklich bearbeiten, ist auf

jeden Fall eine gute Sache. Aber mit der Reform ist auch der Ausnahmezustand verhängt worden, angeblich um die Rechtsextremen davon abzuhalten, die Abwicklung zu stören. In Wahrheit aber hat damit die Verfolgung der Landbevölkerung enorm zugenommen. Die Leute fliehen vom Land hierher in die Stadt oder gehen in die Berge, denn wenn sie nachts von den Sicherheitskräften aufgespürt werden, bringt man sie um. Truppeneinheiten durchsuchen die Hütten, verbrennen den Besitz der Bauern und töten die Leute. Das zerstört den guten Willen, der dieser Reform zugrunde liegt. Deshalb wird dieses Gesetz nicht von der Bevölkerung unterstützt.

FRAGE: Was wird die Bevölkerung unternehmen, was soll sie unternehmen?

ROMERO: Manche Leute sehen nur die Rechten und glauben, soziale Ungerechtigkeit sei die alleinige Ursache all dieser Gewalt. Andere glauben, es seien die Provokationen der Linken. In Wahrheit hat die Gewalt aber drei Ursachen: die Rechte, die Linke und die Regierung. Wir können Ausbrüche von Volkszorn nicht nur als eine Folge linker Forderungen verstehen. Die oppositionellen Bewegungen, deren Taktik es jetzt ist, sich einzugraben und den Sturm zu überstehen, machen nichts anderes, als den Nöten der Bevölkerung

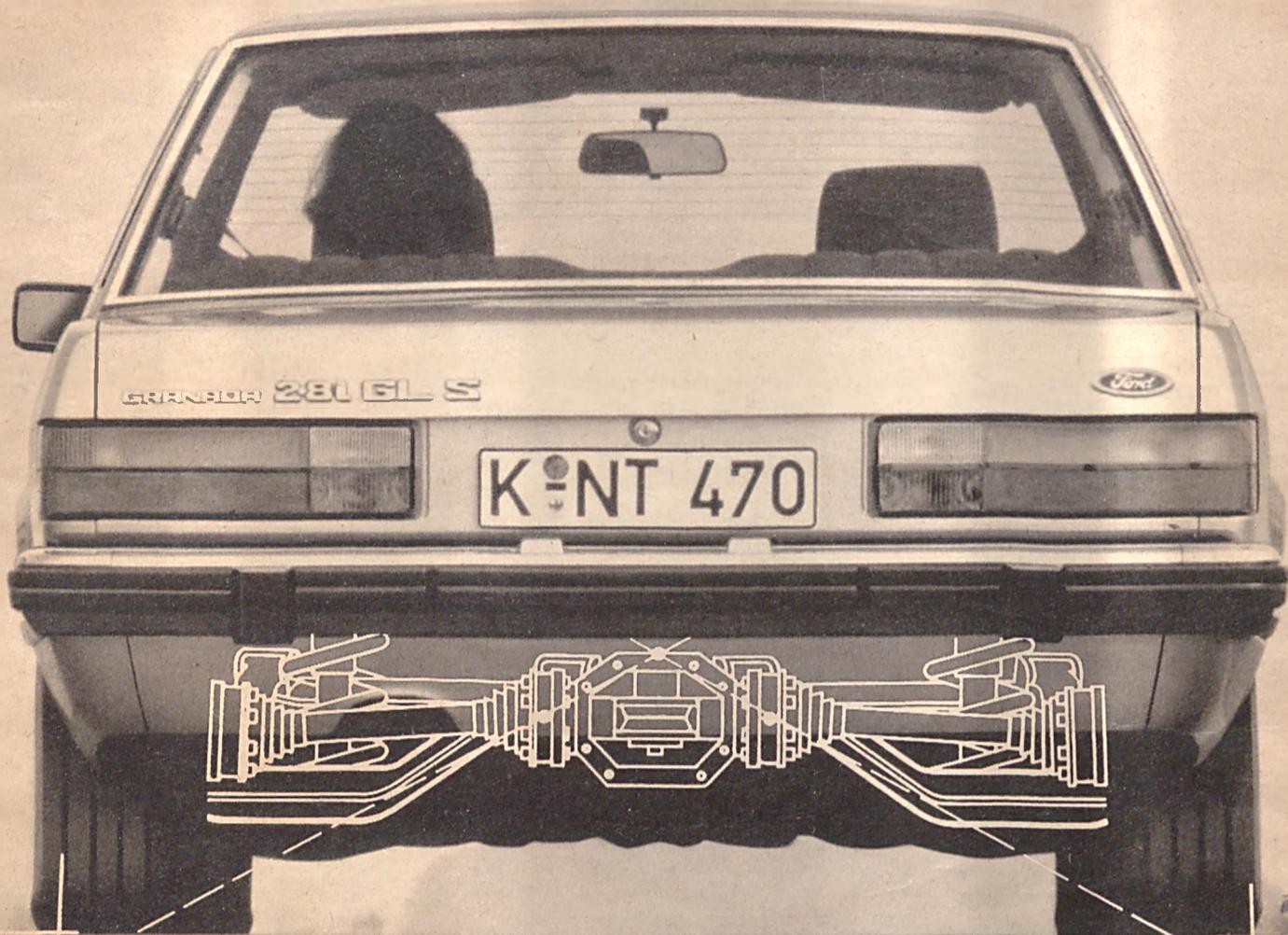
eine Stimme zu geben. Und die Forderungen der Bevölkerung sind gerecht. Auch wenn ihre Reaktionen manchmal zu weit gehen und zu Gewalttaten führen, die ich nicht gutheißen kann.

FRAGE: Die USA behaupten, sie müßten die Junta unterstützen, um Chaos zu vermeiden.

ROMERO: Unterstützung für die Junta oder Chaos ist nicht die einzige Alternative. Die USA vergessen dabei die dritte Möglichkeit, die in der Bevölkerung selbst liegt. Das Volk hat seine eigene Befreiung bereits selbst begonnen.

FRAGE: Sie sind kritisiert worden, weil sie die Grenzen kirchlicher Aufgabe — ihre Rolle als Hirte Ihrer Herde — überschritten hätten.

ROMERO: Ich fühle mich sehr wohl in der Rolle, die Sie als „Hirte meiner Herde“ bezeichnen. Nach den Direktiven der Bischofskonferenzen von Medellín und Puebla darf sich die Kirche nicht vom Alltag der Menschen trennen, sondern muß ihn mit dem Licht des Evangeliums erhellen. Ich diene keinerlei Ideologie und bin völlig frei im Urteil darüber, was ich an den oppositionellen Bewegungen gut oder schlecht finde. Und ich setze eine riesige Hoffnung in diese Bewegungen. Indem ich beim Kampf der Bevölkerung Stellung beziehe, tue ich das, was die Kirche zu tun hat.



Tiefergelegte Karosserie. Auf „sportlich“ abgestimmte Gasdruck-Stoßdämpfer. Progressiv ansprechende Schraubenfedern hinten. Querstabilisator vorn mit höherer Kennung. Der Granada versetzt Sie in eine beneidenswerte Lage: Schlechte Straßen schlagen auch dank seiner Doppelgelenk-Schräglenker-Hinterachse kaum zu Ihnen durch. Das Ergebnis auf schneller wie auf kurviger Strecke: das schöne Gefühl, sicher zu fahren.

Ein solches Fahrwerk verlangt nach entsprechenden Motoren. Für kultivierten Schub sorgen V6-Motoren vom 2,3-Liter (84 kW/114 PS – serienmäßig im Granada „S“) bis zum 2,8-l-Einspritzer (118 kW/160 PS).

Aber schon allein wenn Sie den Granada „S“ anschauen: von den 190er Niederquerschnittreifen (Michelin TRX) auf den 6-Zoll-Alu-Sportfelgen bis zur Sport-Instrumentierung mit Drehzahlmesser. Er hat einfach auch sonst alles, was ihn so sportlich macht.

Im ganzen gesehen ist der Ford Granada „S“ sicher eine der vernünftigsten Wertanlagen unter den Automobilen seiner Leistungsklasse.

Abb.: FORD GRANADA 2.8i GLS

STEN FÜSSEN.



treibung der Kleinbauern von ihren Feldern protestiert und sie aufgefordert, sich zur Selbsthilfe zu organisieren.

Der Erzbischof verlangte von der Regierung Bestrafung der Schuldigen — vergebens; ebenso vergebens seine Forderung nach Aufklärung von fünf weiteren Morden an Priestern und an Dutzenden ihrer Pfarrhelfer, nach Aufklärung des Schicksals von 122 verschwundenen politischen Häftlingen. Bis zu seinem Tode ist Romero deshalb zu keinem Staatsakt mehr erschienen.

Dafür aber wurde seine Stimme während der sonntäglichen Messe in der Kathedrale immer energischer, wenn er den Gottesdienst regelmäßig mit einer lückenlosen Aufzählung der während der letzten sieben Tage im Lande begangenen Gewalttaten schloß: meist solchen, die Armee, Polizei, Sicherheitsdienste und rechte Terrorbanden begangen hatten.

Die erste Kritik gegen den seit Juli 1977 in El Salvador regierenden General Carlos Humberto Romero — nicht mit ihm verwandt — formulierte der Erzbischof am Tag vor dessen Amtseinführung. Er warf ihm vor, durch krassen Wahlschwindel an die Macht gekommen zu sein.

Der General wurde im Oktober vorigen Jahres von einer Gruppe junger Obristen gestürzt, die im reaktionären Offizierskorps der Armee zwar Außenseiter sind, den Putsch aber wagen konnten, weil Washington sie unterstützt. Denn gleichsam „fünf vor zwölf“ sollten nun soziale Maßnahmen — vor allem eine Landreform — die seit dem Sieg der sandinistischen Revolution im benachbarten Nicaragua rasch wachsenden Unruhe der Bevölkerung dämpfen. Die USA stellten 50 Millionen Dollar für dieses Programm und weitere zehn Millionen Dollar zur Stärkung der Armee gegen die lawinenartig anschwellenden Guerilla-Bewegungen zur Verfügung. Aber der Erzbischof konnte bald auch der neuen Militärregierung keinen Beifall spenden: Er konnte die Augen nicht davor schließen, daß auch jetzt das Morden, Entführen und Foltern politisch

Verdächtiger weiterging — stärker noch als früher.

Solange die Armeeführung und die mit ihr verbündete reaktionäre Oberschicht davon ausgehen, sie wüßten besser als Washington, was „Kommunismus“ sei, sabotieren sie auch diese Landreform. Der Erzbischof aber forderte, den Versprechungen müßten nun Taten folgen.

Bei seiner letzten Sonntagspredigt, einen Tag vor seiner Ermordung, zog Romero von der Kanzel herab die blutigste Bilanz der letzten Jahre: Innerhalb von sieben Tagen hatte es 111 politische Terrormorde gegeben. In einem persönlichen Brief richtete der Erzbischof an Carter die Bitte, die USA sollten dieses Regime nicht länger moralisch und finanziell unterstützen. Jeder Dollar Militärhilfe verstärkte nur die blutige Unterdrückung der Bevölkerung.

Daß der Kirchensender, der Romeros Predigten ausstrahlte, in die Luft gesprengt wurde, war wohl die letzte Warnung der Mächtigen. Romero mißachtete sie — obwohl ihm klar war, daß auch der moralische Schutz durch einige liberale Kreise im Westen nicht ausreichen würde. Britische Unterhaus-Abgeordnete hatten ihn als Kandidaten für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen, die amerikanische Georgetown University hatte ihm den Ehrendoktor verliehen.

In seiner letzten Predigt appellierte er an die Soldaten El Salvadors, nicht mehr auf Bauern und Studenten zu schießen. „Im Namen Gottes“, hatte er gesagt, „fordere ich euch auf, bitte ich euch, befehle ich euch: Macht dieser Unterdrückung ein Ende!“ Von der Armeeführung wurden diese Worte als „verbrecherische Aufforderung zur Befehlsverweigerung“ bezeichnet.

Nur einen Tag später vollstreckte dann ein bezahlter Killer das in diesem Satz verborgene Urteil. Ein Signal für den Beginn der „Vernichtung all jener kommunistischen Schlangen und Skorpione“, so ein Unternehmer, die an die Alleinherrschaft einer Handvoll reicher Familien zu rühren wagen?



Foto: Volker Hinz

Kanzler Helmut Schmidt hört kaum noch auf seinen Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner
»Der Mann verliert langsam die Kontrolle«

Sozialdemokraten

»Ich war immer der Prügelnabe der Nation«

Herbert Wehner gerät in der SPD-Bundestagsfraktion mehr und mehr in die Isolation

Der neue Ärger mit dem großen alten Mann der SPD begann, als Herbert Wehner keine Antwort bekam. Bevor Helmut Schmidt Anfang März zu US-Präsident Jimmy Carter reiste, hatte ihm Wehner handschriftlich Wichtiges mitgeteilt: Er wisse über Mittelsmänner zuverlässig, daß sich der sowjetische Staats- und Parteichef Breschnjew noch in diesem Jahr mit dem Bonner Kanzler treffen wolle. Als Schmidt sich daraufhin nicht rührte, faßte Wehner telefonisch nach. Vergebens, der Kanzler war nicht mehr zu sprechen.

Das hat schon einmal ein SPD-Regierungschef büßen müssen. Weil die Gehilfen des damaligen Kanzlers Willy Brandt Wehner-Briefe achtlos beiseite legten, ließ dieser seine

Sorgen öffentlich ab. Ausgerechnet in Moskau polterte er 1973: „Was der Regierung fehlt, ist ein Kopf“ und läutete so für Brandt die letzte Runde ein. Ähnlich wie vor sechseinhalb Jahren setzte Wehner auch jetzt einen weithin hörbaren Warnschuß vor den Bug des nach seiner Meinung allzu selbstsicheren Kanzlers.

Zunächst mahnte er in einem Hintergrundgespräch, während Schmidt in Washington konferierte, „unsererseits der sowjetischen Seite deutlich zu machen, wir wollen, daß Verträge gehalten werden“. Und daß er es für „falsch halten würde, wenn der deutsche Bundeskanzler es nicht auf sich nehmen würde“, dies in Moskau vorzutragen.

Schmidt — kaum zurück in Bonn — revanchierte sich für „Onkel Herberts“ Remperei: „Es gibt viele Signale in der letzten Zeit und viele, die solche Signale erhalten haben“, erklärte er gönnerhaft vor der Bundespressekonferenz, „da ist mein Freund Herbert Wehner sicher nicht der einzige gewesen.“

Solcherart zum politischen Jedermann degradiert, erinnerte sich der fast 74jährige SPD-Fraktionschef eines schon länger vorliegenden Interviewwunsches. Er bat den Deutschlandfunk-Redakteur Karl Donat, einst CSU-Sprecher, zu

sich und ging beim innenpolitischen Gegner voll aus der Deckung: Die sowjetische Invasion in Afghanistan sei aus Moskauer Sicht „Vorbeugung“ gewesen; der Krenl habe ein Überschwappen der islamischen Revolutionswirren auf die 50 Millionen Muslims im eigenen Machtbereich befürchtet. Daneben erinnerte er den Westen an die langwierige Beendigung der US-Intervention in Vietnam: „Da hat es vieler Geduld bedurft.“

Es kam, wie es kommen sollte. Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl bescheinigte Wehner, den Sowjets „im Grund einen Freibrief für das Vormachtstreben“ ausgestellt zu haben. Außenminister Hans-Dietrich Genscher erkundigte sich erschrocken bei Kanzleramtsminister Gunter Huonker, ob denn plötzlich „eine neue Lage“ entstanden sei. Als der verneinte, ließ der FDP-Chef seinen Allzwecksprecher, den Bundestagsabgeordneten Jürgen Möllemann, von der Leine. Der fixe Überall-Liberale stempelte den empfindsamen SPD-Strategen zum Zyniker. Wehner vergesse bei seinen Deutungsversuchen völlig „das Schicksal des afghanischen Volkes“.

Im SPD-Hauptquartier des Vorsitzenden Willy Brandt und im Kanzleramt bei Helmut Schmidt herrschte dagegen be-